



Kontakt:

Jan-Philipp Scheu

jan-philipp.scheu@jef-bw.de

Mobil: +49 1578 933 61 22

Kristin Megerle

kristin.megerle@jef-bw.de

Mobil: +49 173 633 72 33

Reisebericht zur Bildungsreise im Rahmen der Studienreihe „Demokratisierungsprozesse in Süd- und Osteuropa“ der Jungen Europäer – JEF Baden-Württemberg e. V. vom 16. – 23. November 2019 nach Kiew in die Ukraine

Samstag, 16. November 2019

Start unserer Reise war bereits am Samstagmorgen um 5.00 Uhr am Flughafen Stuttgart, um gemeinsam zu unserer Bildungsreise nach Kiew aufzubrechen. Mit 18 motivierten, engagierten und interessierten Mädels und Jungs ging es um 6.35 Uhr mit dem Flugzeug über Frankfurt nach Kiew. Dort angekommen, machten wir uns auf den Weg zu unserem Hotel und jeder hatte die Gelegenheit, sich für eine Woche häuslich einzurichten.





Get-together mit der JEF Ukraine (Young Europeans of Ukraine)

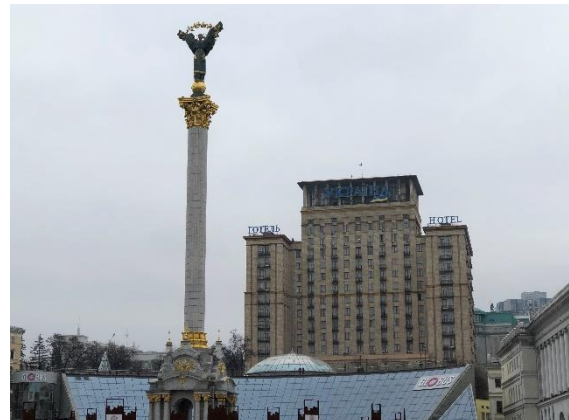
Um 18.00 Uhr stand unser erstes Get-together auf dem Programm. Wir haben uns im Beer-Point Kyiv mit unserer Partnerorganisation den „Young Europeans of Ukraine“



getroffen, um uns über unsere Arbeit auszutauschen. Interessant war dabei für uns zu erfahren, dass unser Partnerverband noch relativ jung ist und sich gerade im Aufbau befindet. Derzeit zählen die „Young Europeans of Ukraine“ circa 30 Mitglieder im ganzen Land. Danach haben wir den Abend bei ukrainischer Küche und leckerem Bier ausklingen lassen.

Sonntag, 17. November 2019

Nach einem langen Abend war am Sonntag erst um 11.00 Uhr Treffpunkt in der Lobby unseres Hotels und wir machten uns gemeinsam auf den Weg zu einer Stadtführung durch das historische Kiew. In einer vierstündigen Tour zu Fuß haben wir gemeinsam mit



unserem Guide Alex, Kiew aus jeder Perspektive betrachten können. Aspekte über Kunst, Kultur, Politik und Leben, sowie die Geschichte in dieser besonderen Stadt konnte uns Alex, der in Kiew geboren und aufgewachsen ist in sehr gutem Englisch erklären und zeigen.



Get-together mit der AEGEE Kyiv



Am Abend haben wir uns mit der AEGEE Kyiv zum Austausch getroffen. Das Europäische Studierendenforum ist der größte interdisziplinäre Studierendenverband in Europa und steht laut ihrem Selbstverständnis für ein vereinigtes Europa sowie für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Kommunikation und In-

tegration. Es ist begeisternd zu sehen, wie sich die AEGEE in Kiew, aber auch in anderen Studierendenstädte in der Ukraine einsetzt und andere für ihre Arbeit begeistert mitzumachen.



Montag, 18. November 2019

Gespräch und Austausch zur aktuellen politischen Lage und den Konflikten in der Ukraine bei der Friedrich-Ebert-Stiftung

Am Montagmorgen ging es für uns recht früh los, denn es stand ein Gespräch und ein Austausch zur aktuellen politischen Lage und den Konflikten in der Ukraine bei der Friedrich-Ebert-Stiftung auf dem Programm.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung betreibt derzeit ca. 140 Projekte pro Jahr im ganzen Land in verschiedenen Themenbereichen. Das Büro in Kiew ist auch für Belarus zuständig und verantwortlich. Der Leiter des Auslandsbüros, Marcel Röthig erzählte uns über die Arbeit der Stiftung, die vor Ort auch mit anderen Ländern der östlichen Partnerschaft zusammenarbeitet.

Die Parteien in der Ukraine sind meistens Wahlvereine einer charismatischen Person, wovon Timoschenkos Partei als einzige Partei gilt, die sich dauerhaft halten kann. Durch das präsidentiell-parlamentarische System und nach der Präsidentenwahl, bei der Selenskyj klar als Sieger hervorgegangen ist, gab es in diesem Jahr auch vorgezogene Parlamentswahlen. Auch dort erlebte Selenskyj's Partei einen Erdrutschsieg und ging als großer Gewinner hervor. Festzustellen ist, dass der

Kronprinzstr. 13 • 70173 Stuttgart

www.jef-bw.de • www.facebook.com/jef.bawue • info@jef-bw.de

Landesbank Baden-Württemberg

Junge Europäer - JEF Baden-Württemberg e.V. DE13 6005 0101 0002 5740 08

Förderverein der Jungen Europäer - JEF Baden-Württemberg e.V. DE69 6005 0101 0008 6706 14



Altersdurchschnitt außerordentlich jung ist, es viele politische Newcomer gibt und die Fraktion insgesamt eine sehr heterogene Gruppe ist.

Selenskyj und seine Partei bringen viele Änderungen im parlamentarischen Betrieb ein. So wurde vor kurzem erst die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten beschlossen und das Impeachment-Verfahren eingeführt. Marcel Röthig teilte uns mit, dass Oligarchen nach wie vor großen Einfluss (auch in Selenskyj's Fraktion) haben.

Trotz der großen Fraktionsstärke kann Selenskyj nicht einfach durchregieren. Er hat im Parlament schwierige Verhältnisse zwischen pro-europäischer (Poroschenko) und pro-russischer (Medwedtschuk) Opposition. Die Oppositionsführer kontrollieren die Medien. Dies führt zu einer schwierigen Situation und einem geringen Einfluss Selenskyj's auf z.B. den Konflikt im Donbass.

Der Präsident ist in einer schwierigen Situation. Er hat Frieden im Donbass versprochen, aber es ist noch unklar, ob er dieses Ziel erreichen kann. Allerdings werde dafür jetzt schon einiges getan, als in den letzten Jahren.

Unter Selenskyj's Präsidentschaft ist der Militärhaushalt um ca. 12 % deutlich nach oben gestiegen.

Gewalt gegen Roma ist eines der größten Probleme in der Ukraine. Sie erfahren genauso wie Homosexuelle am wenigsten Toleranz. Der Antisemitismus ist im Vergleich dazu ein geringes Problem.

Herr Röthig erläuterte auch, dass die Oligarchen die wichtigsten Banken und Wirtschaftsunternehmen in der Ukraine führen. Er sieht die ukrainische Bevölkerung als mehrheitlich pro-europäisch, allerdings definieren die Ukrainer europäische Werte anders als die Menschen in den derzeitigen EU-Mitgliedsstaaten.

Die Folgen des Assoziierungsabkommens sind für die Ukraine immens. Der europäische Rüstungsmarkt ist noch zu, die hochtechnologisierte Industrie bricht weg, da sie auf den eurasischen Markt ausgerichtet war und hochqualifizierte Arbeitskräfte wandern in die EU ab. Problem ist dabei die Ausrichtung der ukrainischen Wirtschaft auf „einfache Güter“.





Das hohe Maß an Korruption, Schmiergeld und nichtversteuertes Einkommen wird in der Bevölkerung im Moment noch größtenteils hingenommen und kann kaum geändert werden.

Vielen Dank für das sehr interessante, ehrliche und offene Gespräch!

Gespräch mit der Regierungssprecherin der ukrainischen Regierung und Besichtigung des Regierungsgebäudes

Im Anschluss an den Termin bei der Friedrich-Ebert-Stiftung ging es für uns zu einem Gespräch mit der Regierungssprecherin der ukrainischen Regierung und zur Besichtigung des Regierungsgebäudes.

Sie erläuterte uns, dass die Regierung gute Beziehungen zu Deutschland führt. Zudem



stellte sie uns die neue Image-Kampagne „Ukraine now“ vor. Grund für die Kampagne ist, dass die Ukraine in Europa sehr unter einem schlechten Image aufgrund von Oligarchen-Einfluss und Korruption steht.

Die Regierungssprecherin hat auch uns versucht davon zu überzeugen, was für eine tolle Arbeit die Regierung leistet, dass Korruption nur ein Nebenthema ist und man

doch Gelder in die ukrainische Wirtschaft investieren soll.

Gespräch bei der Deutschen Botschaft zur aktuellen politischen Lage, den Konflikten in der Ukraine und der Arbeit vor Ort

Am Nachmittag waren wir bei der Deutschen Botschaft zum Gespräch eingeladen.

Dort ging es hauptsächlich um die Außen- und Sicherheitspolitik. Deutschland legt hier sehr viel Wert auf die Lösung des Donbass-Konflikts, die Fortführung des



Anhörungsprozesses bei der EU und die Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarländern Ungarn und Polen.

Auch hier haben wir uns über den Donbass-Konflikt unterhalten. Die Annahme der Steinmeier-Formel war in der Ukraine sehr umstritten. Die neue Regierung unter Selenskyj versucht das Gebiet nicht nur militärisch zurückzuerobern, sondern will auch die Gesellschaft in der Ostukraine miteinbinden und abholen.

Für das Treffen im M4-Format, das regelmäßig stattfindet, gibt es noch keinen Plan B, wenn dieses Format zu keinem Ergebnis führt.



Die Deutsche Botschaft teilte uns mit, dass die Volksrepubliken Donezk und Luhansk Russland jeweils 2 Mrd. Euro pro Jahr kosten.



Das umstrittene Gas-Projekt Nord-Stream steht auf der Agenda der deutsch-ukrainischen Gespräche.

Deutschland ist mit vielen Programmen im Land unterwegs. Sie sind nach der EU größter Geldgeber weltweit in der Ukraine. Deutschland arbeitet im Land mit IDP's zusammen.

In der Ukraine gibt es ein Format der G7-Botschafter. Sie spielen eine große Rolle bei der Beratung der Regierung.

Herzlichen Dank für das informative Gespräch!



Dienstag, 19. November 2019

Gespräch mit dem jüngsten Abgeordneten des ukrainischen Parlamentes, Sviatoslav Yurash (Mitglied der Fraktion „Diener des Volkes“)

Auch am Dienstag mussten wir recht früh los, da wir uns mit dem jüngsten Abgeordneten des ukrainischen Parlamentes, Sviatoslav Yurash trafen. Er berichtete uns über seine Arbeit und seinen Werdegang. Zur Politik kam er über den Maidan-Konflikt und war damals Berichtersteller für die ukrainischen Medien. Er fand Selenskyj's Bewegung sehr spannend und



schloss sich dieser an.

Sviatoslav Yurash steht ganz klar hinter dem Präsidenten und seiner Arbeit und unterstützt auch dessen Vorhaben. Im Gespräch merkte man allerdings, dass er teilweise sehr schwierige (auch eher rechts

gewandte) Sicht der Dinge hat, was die Arbeit im Parlament nicht immer ganz einfach macht.

Auch er steht zur Korruption und den Einfluss der Oligarchen und ist der Meinung, dass dies zur Ukraine, der Geschichte dieses Landes und zu guter Regierungsarbeit im Land dazu gehört.

Im Anschluss hatten wir die Möglichkeit das ukrainische Parlament, die „Verkhovna Rada“ mit einer Führung zu besichtigen.



Kronprinzstr. 13 • 70173 Stuttgart

www.jef-bw.de • www.facebook.com/jef.bawue • info@jef-bw.de

Landesbank Baden-Württemberg

Junge Europäer - JEF Baden-Württemberg e.V. DE13 6005 0101 0002 5740 08

Förderverein der Jungen Europäer - JEF Baden-Württemberg e.V. DE69 6005 0101 0008 6706 14



Gespräch bei der NGO Chesno civil movement, die sich gegen Korruption im Land einsetzen

Am Nachmittag besuchten wir Chesno civil movement, die sich im Jahr 2011 anlässlich der Parlamentswahlen zur Amtszeit von Wiktor Janukowytsch gegründet haben. Sie fanden dessen Arbeit diktatorisch, korrupt und überhaupt nicht transparent und wollten etwas dagegen tun.

Die NGO setzt sich im ganzen Land gegen Korruption ein und führt Kampagnen dazu. Sie beschäftigen derzeit rund 35 Mitarbeiter die in 10 Regionalteams untergliedert in der ganzen Ukraine arbeiten.

Chesno civil movement finanziert sich durch internationale Spenden mit einem derzeitigen Jahresbudget von ca. 300.000 \$.

Auch bei der neuen ukrainischen Regierung konnten sie schon einige Fehlverhalten feststellen und bemängeln.

Durch die absolute Mehrheit für Sluha Narodu („Diener des Volkes“) sind viele neue und unbelastete Politiker ins Parlament gekommen. Aber die Verbindung der Partei zu dem Oligarchen Kolomojskyj wird als sehr kritisch angesehen.



Was sie sehr schätzen ist, dass die Regierung Selenskyj's einiges gegen Korruption bereits nach kurzer Zeit getan hat, die Anti-Korruptionsbehörde aufgestockt wurde und Korruptionsberichte ständig aktualisiert und online gestellt werden.

Chesno Civil movement sieht die Mitgliedbeiträge und Spenden, die durch die Länder an Sluha Narodu gingen, als sehr fragwürdig an. Auch wurden Wahlhelfer im Wahlkampf betrogen.

Bei Wahlkämpfen in der Ukraine ist Wahlbestechung sehr angesagt. Es werden bei Veranstaltungen immer wieder Buchweizen, Essen, Getränke, Give-aways mit dem



Gesicht des jeweiligen Politikers kostenlos herausgegeben und massiv für die Person geworben.

Ein großes Problem sieht Chesno auch darin, dass Oligarchen Bestechungsgeld an Abgeordnete (in Umschlägen) bezahlen, wenn Sie bei Abstimmungen für Themen, die sie betreffen, stimmen. Deshalb wird es mit einer Wahlrechtsreform und einer Gehaltserhöhung für Abgeordnete (verdienen umgerechnet 300€ pro Monat) sehr schwierig, weil sich dieses System etabliert hat.

Sie verurteilen auch das „Button-Pushing“ sehr.

Chesno setzt sich bei Parlamentswahlen für eine „Open list“ ein, dass unabhängige Kandidaten auf Wahllisten stehen können.

Die NGO sieht, dass in der ukrainischen Gesellschaft ein allgemeines Korruptionsproblem herrscht. Die Mentalität der Bevölkerung muss sich hier ändern, damit im Land ernsthaft was geändert werden kann.

Mittwoch, 20. November 2019

Gespräch und Austausch zur aktuellen politischen Lage und den Konflikten in der Ukraine bei der Heinrich-Böll-Stiftung

Am Mittwochmorgen besuchten wir die Heinrich-Böll-Stiftung im Stadtzentrum von Kiew und tauschten uns auch hier über die aktuelle politische Lagen und den Konflikten in der Ukraine mit dem Leiter des Auslandsbüros, Sergej Summleny aus.

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist vor Ort zuständig für die Ukraine und Belarus. Sie ist eine politische Stiftung der Grünen (parteinah) und momentan noch die jüngste politische Bundesstiftung. Die Heinrich-Böll-Stiftung finanziert sich, wie die anderen Stiftungen auch, aus





Mitteln des Bundeshaushalts, hauptsächlich aus Geldern des BMZ. Seit 7 Jahren ist die Stiftung mit einem Büro in der Ukraine vertreten.

Schwerpunkte der Arbeit vor Ort sind Gender- und Frauenpolitik (auch LBGT-Themen), Klima- und Umweltpolitik und Demokratie (z. B. Partizipative Stadtplanungspolitik und Geschichtspolitik).

Sergej Summleny merkt an, dass der Durchschnittslohn in der Ukraine sehr niedrig ist und dafür hohe Schattenwirtschaft herrscht. Die medizinische Versorgung wird prinzipiell über ein Krankenversicherungssystem sichergestellt, de facto muss man aber Schmiergeld zahlen um behandelt zu werden.

Allerdings ist anzumerken, dass es neben den sehr armen Menschen inzwischen auch immer mehr Menschen gibt, die gut verdienen.

Auf die Frage, wie es mit der Klimapolitik im Land aussieht machte Sergej Summleny folgende Anmerkung: „Der Kohleausstieg im Land ist schwierig, weil alternative Energien die kleinen Leute kaum erreicht. Der Atommüll geht nach Russland in ein Zentrum für Atommüll. Das Umweltthema ist in der Ukraine nicht so ein großes Thema wie in Deutschland (dadurch auch schwächere Gegenreaktionen). Das liegt daran, dass die Menschen andere Probleme haben, die ihren Alltag in der Realität drastischer beeinflussen und realer sind als das Klimaproblem. In Mariupol ist die Luft durch die Metallfabriken grafitverseucht und es sterben regelmäßig Menschen daran. Aber ohne diese Metallfabriken sind die Menschen arbeitslos. Das ist das krasse Gegenteil. Greta Thunberg sehen die Ukrainer als ein reiches, verwöhntes Mädchen. Der Müll in der Ukraine wird nicht richtig entsorgt, Wälder werden abgeholzt und das Holz in den Westen verkauft (oft illegal abgeholzt). Das sind ernsthafte umweltpolitische Probleme, die aber die wenigsten hier in der Ukraine interessieren. Die Diskussion wird auf dem Level des Überlebens geführt.“

Die Ukraine ist im Verhältnis zu anderen postsowjetischen Ländern recht frei, was Frauenrechte und sexuelle Minderheiten betrifft. Die Ausgaben der Städte sollen möglichst genderneutral sein (z.B. wenn Frauen mehr laufen und Männer mehr Auto fahren, darf nicht mehr in freie Straßen als in freie Gehwege investiert werden). Equal Pay kann schwer erfasst werden und Gender Equality unterscheidet sich in den einzelnen Schichten.

In der Ukraine gibt es keine Partei die sich für LGBTQ-Themen einsetzt, aber auch keine Einschränkung der Rechte. Eine Gleichberechtigung für LGBTQ-Menschen ist nicht in Sicht. Letztes wurde sogar eine LGBTQ-Bar geschlossen und Veranstaltungen

Kronprinzstr. 13 • 70173 Stuttgart

www.jef-bw.de • www.facebook.com/jef.bawue • info@jef-bw.de

Landesbank Baden-Württemberg

Junge Europäer - JEF Baden-Württemberg e.V. DE13 6005 0101 0002 5740 08

Förderverein der Jungen Europäer - JEF Baden-Württemberg e.V. DE69 6005 0101 0008 6706 14



werden oft abgesagt. Auch unter jungen Leuten wird die LGBTQ-Community wenig akzeptiert.

Generell ist das Niveau der Gewalt in der Familie in der Ukraine relativ hoch. Dort gibt es eine starke Einteilung der Gender-Rollen.

Sergej Summleny merkt an, dass die Ukraine kein freies Land, aber freier als Polen und vor allem Russland ist. Die Wahl von Selenskyj war eine Entscheidung aus Frustration (ähnlich wie der Wahlerfolg der AfD in Thüringen) gegen die Russlandpolitik.

Vielen Dank für das sehr interessante, ehrliche und offene Gespräch!

Gespräch mit ehemaligen, im Krieg traumatisierten Soldaten der ukrainischen Armee bei Veteran Hub



Über die Mittagszeit ging es zu Veteran Hub. Hier lautet das Motto „Veterans for Veterans“. Die NGO setzt sich für ehemalige, im Krieg traumatisierte Soldaten ein und bietet psychologische Betreuung, private- und Gruppensitzungen für Veteranen und deren Familien an. Das Ziel ist es, Hubs in mehreren Städten zu gründen.

Jede Geschichte der Soldaten ist anders und es ist schwer im zivilen Leben wieder Fuß zu fassen. Veteran Hub hilft den Soldatinnen und Soldaten einen geeigneten Job auf dem Arbeitsmarkt zu finden.

Toll, welche Arbeit hier geleistet wird!

Gespräch und Austausch zur aktuellen politischen Lage und den Konflikten in der Ukraine bei der Konrad-Adenauer-Stiftung

Am Nachmittag hat uns der Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung Kiew, Tim Peters zum Gespräch und Austausch eingeladen. Die Stiftung betreibt zwei Büros in der Ukraine. Eines in Kiew und eines in der Ost-Ukraine (auf Bestreben von Bundeskanzlerin Angela



Merkel). Die Konrad-Adenauer-Stiftung leistet politische Bildungsarbeit und betreibt derzeit ca. 100 Auslandsbüros. Ziel der Stiftung ist es, unter anderem die deutsche Erfahrung des Aufbaus einer Demokratie weiterzugeben. Auch in der Ukraine. Die Zusammenarbeit findet hier mit ukrainischen Partnern auf Augenhöhe statt.

Die Ukraine ist ein multireligiöses Land. Der größte Anteil sind Orthodox-Gläubige. Orthodoxe Kirchen gehören zum russischen Patriarchat. Das Kiewer Patriarchat versucht in der Ukraine anerkannt zu werden. Im Moment gibt es deswegen eine große Kirchenspaltung. Die Rolle der Kirche hat während des Maidan-Krieges eine sehr große Rolle gespielt, da sie die Demonstranten beschützt hat.

Herr Peters erklärte uns, dass die Bevölkerung großes Vertrauen in die Armee hat. Der Ukraine-Konflikt beschäftigt sich auch mit Fragen wie der Bedeutung von Grenzen im 21. Jahrhundert. Die Krim nimmt 7 Prozent der Fläche der Ukraine ein. Die Ukraine ist ein Land im Wandel.

Zum Krim-Referendum erzählte er uns, dass die Fragen nicht korrekt gestellt wurden. Es war eine Frage nach der Verfassung, aber keine Frage zum Verbleib in der Ukraine. Es gab kein „Nein“ als Antwort. Dazu ist noch anzumerken, dass sich auf der Krim die „Schwarzmeerflotte“ von Russland befindet. Die Russen haben Angst davor, dass die Ukraine in Richtung EU geht. Deshalb wurde die Krim annektiert.



Sie stellt ein wichtiger Zugang zum Mittelmeer (auch nach Syrien) für Russland. Seit der Annektion durch Russland wurde auf der Krim massiv aufgerüstet.

Wir unterhaltenen uns auch mit dem Leiter der Adenauer-Stiftung über den Konflikt im Donbass. Bis heute haben wir dort 1.300 Tote zu zählen. An Spitzentagen finden an den Übergangspunkten in den besetzten Gebieten von Donezk und Luhansk bis zu 40.000 Überquerungen statt. Es gibt immer wieder Tote und Verletzte der Zivilbevölkerung z.B. durch Minen. Seit 2017 wurden von der OSZE 400.000 Waffenstillstands-Verstöße gezählt. Die Situation in den besetzten und selbsternannten Volksrepubliken und auf der Krim ist für die Ukraine eine Blackbox. Sie erkennt nur



Geburtsurkunden und Totenscheine aus diesen Gebieten an. Ob es dort wirklich Separatisten gibt ist unklar. Etwa 700 OSZE Beobachter sind jeden Tag tagsüber in der ganzen Ukraine im Einsatz. Die meisten Schusswechsel finden nachts statt, da dort die Überwachung mittels Drohnen erfolgt. Der gesamte Konflikt in der Ukraine hat auch innenpolitische Komponenten.

Trotz allem hat die Ukraine in diesem Jahr freie demokratische Wahlen durchgeführt. Russland fürchtet die Ukraine als Vorbild für andere osteuropäische Staaten. Worst Case: Nach nicht erfüllten Versprechungen der Regierung Selenskyj wenden sich viele von der Politik ab.

Auch Tim Peters erzählte uns, dass die Korruption ein großes Problem im Land ist. Aber die Ukraine ist in Sachen Korruption sehr transparent. Die Reformen, die die Regierung von Selenskyj angestoßen haben greifen noch nicht ganz. Bald wird es einen Antikorruptionsgerichtshof geben.

Das Verständnis von Parlamentarismus in der Ukraine ist schwierig. Gesetze werden schnell verabschiedet, ohne groß diskutiert zu werden. Die Ukraine ist ambivalent.

Auf die Frage, warum es nicht auch im russischen Interesse ist, die Konflikte zu lösen, antwortete Tim Peters wie folgt: „Russland will die Konflikte nicht lösen, weil schwache und instabile Nachbarstaaten Russland stabiler wirken lassen.“

Weiter merkt er an, dass „EU-Reformen“ in der Ukraine auch ohne einen Beitritt wichtig sind. Viele junge Leute verlassen die Ukraine. Sie ist ein großer Markt und hat ein großes Potential. Die junge Generation wird das Land verändern.

Vielen Dank für das sehr interessante, ehrliche und offene Gespräch!

Donnerstag, 21. November 2019

Gespräch und Austausch zur aktuellen politischen Lage und den Konflikten in der Ukraine bei der Friedrich-Naumann-Stiftung

Am Donnerstagmorgen ging es für uns zur Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) für Frieden und Freiheit. Wir tauschten uns auch hier mit der Leiterin des Auslandsbüros, Beate Apelt über die aktuelle politische Lage und den Konflikt in der Ukraine aus.



Beate Apelt ist seit zwei Jahren in der Ukraine und war davor in der Zentrale der FNS in Potsdam für Osteuropa tätig. Das Head-Office für Osteuropa und den Nahen Osten sitzt in Sofia.

Die FNS hat im Büro Kiew derzeit etwa 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Frau Apelt erläuterte uns, dass die Ukraine sehr komplex ist und man oft zuerst nur die Fassade dieses Landes sieht. Das Parteiensystem in der Ukraine ist kaum entwickelt. Die FNS arbeitet mit zwei kleineren „liberalen“ Parteien im Land zusammen, aber Parteien sind in der Ukraine eher Projekte und nicht lange beständig. Sie arbeiten wie NGO's. Bei der letzten Wahl haben beide kleine Parteien 0,3 Prozent erhalten.

Die lokale Selbstverwaltung wird in der Ukraine im Moment umstrukturiert. Die FNS



unterstützt bei der Kommunalreform. Es gibt zukünftig mehr Subsidiarität. Frau Apelt merkt an, dass Kiew sich sehr vom restlichen Land und anderen Städten unterscheidet. Kiew ist eine sehr europäische Stadt. Auf dem Land herrscht aber sehr viel Armut.

Digitalisierung ist ein großes Thema in der Ukraine. Es gibt seit einiger Zeit eine Art digitale Bürgerbeteiligung. Das Internet ist in den Städten sehr gut, aber auf dem Land sehr schlecht. In der Ukraine gibt es keinen Datenschutz.

Zur Partei „Diener des Volkes“ macht Frau Apelt folgende Einschätzung: „Die Partei von Wolodymyr Selenskyj ist wie viele andere ein „Partei-Projekt“ und wird wahrscheinlich verschwinden, wenn Selenskyj nicht mehr beliebt ist. Die Partei ist sehr heterogen und die Mitglieder sind teilweise sehr unerfahren. Sie bezeichnet sich selber als „Libertär“.“

Die Leiterin der Naumann-Stiftung, Beate Apelt ist der Meinung, dass Selenskyj sehr wohl weiß, dass er jetzt was tun muss um an der Macht zu bleiben. Bisher sind zwei Abgeordnete aus der Fraktion ausgestiegen.



Die Politiker in der Ukraine reden oft sehr positiv, wenn man aber die Realität sieht ist man schnell enttäuscht. Die Oligarchen haben im Land eine große Macht. Es gibt sehr große Konflikte zwischen Interessensgruppen und es geht meistens nur ums Geld.

Wir sprachen auch über die Arbeit der Stiftungen in Belarus. Dort ist es schwer etwas zu tun ohne den Geheimdienst mit am Tisch sitzen zu haben. Durch die „Schaukelpolitik“ von Lukaschenko gibt es maximal kleine Freiräume für Stiftungen zum Arbeiten.

In der Ukraine gibt es im Prinzip ein Krankenversicherungssystem, de facto muss man aber Schmiergeld zahlen um behandelt zu werden.

Die Steinmeier-Formel wird laut Frau Apelt verschieden interpretiert. Den Gefangenen austausch im Donbass-Konflikt gab es nur, weil es Putin gut fand. Sonst wäre dieser nie zustande gekommen.

Die Presse in der Ukraine ist sehr pluralistisch. Das Problem sind die Besitzverhältnisse. Alle Medien sind in Oligarchen-Hand. Öffentlich-rechtliche Medien sind unterfinanziert aber hochwertig. In der Ukraine gibt es wenig deutsche Korrespondenten und nur einen DPA-Journalisten.

Seit 12 Jahren gibt es erstmals eine Bildungsreform im Land. Alle Kinder und

Jugendliche sollen 12 Jahre die Schule besuchen und es wird nach dem Abschluss ein akademischer und ein praktischer Zweig geben.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung kann im Bereich Korruption wenig bewegen. Das alte Rechtssystem ist sehr korrupt. Ein neues Korruptionsgesetz ist schwierig umzusetzen. Selenskyj versucht dies zu erarbeiten, der Weg dorthin ist aber wirklich schwer.





Die FNS in der Ukraine ist der Ansicht, dass der ganze Konflikt im Donbass und auf der Krim von Russland ausgeht und es keine Separatisten sind, die Freiheit wollen, sondern Russland seine eigenen Interessen dort umsetzen will. Das Beste wäre für die Ukraine eine Einfrierung des Konfliktes.

Vielen Dank für das sehr interessante, ehrliche und offene Gespräch!

Informationsbesuch und Gespräch bei der Nationalen Anti-Korruptionsbehörde (NABU)

Am Nachmittag hatten wir die Gelegenheit die nationale Anti-Korruptionsbehörde zu besichtigen.

Das Gebäude war einst ein Ministerium, danach eine U-Boot-Fabrik und heute befindet sich die Behörde im Gebäude. Die früheren Anti-Korruptionsbehörden waren nicht gut und somit wurde nach der Maidan-Revolution die NABU gegründet.



Die NABU betreibt Büros in Lwiw, Charkiw und Odessa. Sie ist ein sehr beliebter Arbeitgeber (auf eine ausgeschriebene Stelle gibt es ca. 100 Bewerbungen). Das Personal in der Behörde besteht hauptsächlich aus Juristen. Laut Gesetz darf die Behörde maximal 700 Mitarbeiter haben, 247 von ihnen sind Detektive.

„Special Force“ beschützen die NABU-Arbeit vor Ort mit Waffen. Derzeit hat die Behörde 783 Prozesse, 412 Anklagen, 140 Verdachtsmeldungen und 281 Gerichtsverfahren am Laufen. 2.165 Fälle von Korruption wurden bisher aufgedeckt.

Gegen „kleine Korruption“ (Art Bestechung) wird in der Ukraine nicht nachgegangen.

Die NABU betreibt zudem ein Korruptionsmuseum.



Die NABU möchte einen besseren Staat machen und arbeiten dafür auch international zusammen. Das Personal wurde teilweise auch beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden ausgebildet.

Mittlerweile wird im Land auch gegen Abgeordnete und ehemalige Regierungsmitglieder ermittelt. Gegen aktuelle Abgeordnete und Regierungsmitglieder wird derzeit aber nicht ermittelt.

Interne Korruptionsvermeidung wird durch sehr hohe Löhne und ein bestimmtes Auswahlverfahren sichergestellt. Allerdings werden immer mal wieder Fälle von interner Korruption bekannt. Es gibt hierfür eine Stelle, die sich speziell mit interner Korruption auseinandersetzt.

Für die Ermittlung eines Korruptionsfalls benötigt man ca. 2 Jahre um alles aufzudecken und festzustellen.

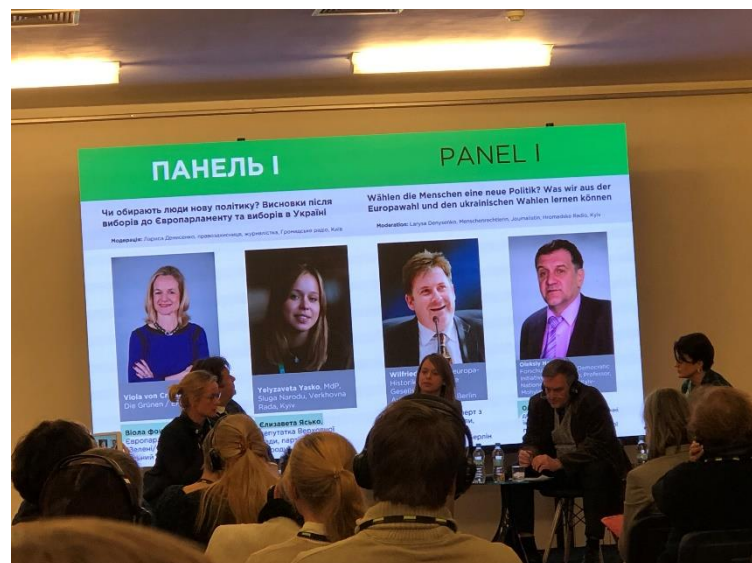
Die Nationale Anti-Korruptionsbehörde arbeitet auch mit Interpol und Europol zusammen.

Sehr interessanter Besuch mit vielen Einblicken vor Ort!

Teilnahme an der 15. Jahreskonferenz der Kiewer Dialoge

Am Donnerstagabend hatten wir die Gelegenheit, auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung an der 15. Jahreskonferenz der Kiewer Dialoge teilzunehmen.

Die KIEWER GESPRÄCHE (Kyiv Dialogue) sind eine überparteiliche und unabhängige Plattform für die Vertiefung und Verstärkung des Dialogs zwischen der Ukraine und Deutschland. Sie verbinden meinungsbildende Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft beider Gesellschaften.





Die KIEWER GESPRÄCHE sind 2005 nach der Orangen Revolution in der Ukraine entstanden. Seit 2014 in der Partnerschaft mit der "International Renaissance Foundation" in Kiew und regionalen Kooperationspartnern in Kharkiv, Odessa, Dnipro und Cherkasy, haben die KIEWER GESPRÄCHE in den letzten Jahren dutzende öffentliche Veranstaltungen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen in Deutschland und der Ukraine durchgeführt.

Durch die breite gesellschaftliche und politische Protestbewegung, die im Winter 2004/2005 zum Machtwechsel in Kiew geführt hatte, hat die Ukraine als Partner der deutschen und europäischen Politik mehr Aufmerksamkeit erhalten. Der Sieg der "Orangen Revolution" wurde von einer aktiven und kampagnenfähigen Zivilgesellschaft errungen, die nach dem politischen Umbruch verstärkt den Anschluss an europäische Netzwerke und Erfahrungen sucht. Die Ereignisse im Winter 2004/2005



nahm der Europäische Austausch zum Anlass, ein regelmäßig stattfindendes Diskussionsforum zur Erörterung bilateraler und europäischer Fragen, die die Rolle der Ukraine in Europa betreffen, einzurichten. Die KIEWER GESPRÄCHE werden von einer ehrenamtlichen Steuerungsgruppe, bestehend aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, NGO Vertreterinnen und Vertretern, Journalistinnen und

Journalisten und Stiftungsvertreterinnen und -vertretern aus der Ukraine und Deutschland im Wege der partnerschaftlichen Zusammenarbeit konzipiert und umgesetzt.

Als Förderer und Unterstützer dieses Vorhabens konnten bislang die Robert Bosch Stiftung, das Auswärtige Amt, die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, die Heinrich Böll Stiftung, die Friedrich Naumann Stiftung, die Friedrich Ebert Stiftung, die Konrad Adenauer Stiftung, PAUCI Kiew - Warschau, das Razumkov Centre, die International Renaissance Foundation, das Deutsch-Ukrainische Forum sowie als Medienpartner die Deutsche Welle gewonnen werden.

Die Konferenz stand in diesem Jahr unter dem Thema: „Nach der Wahl ist vor der Wahl – die Ukraine und ihre Regionen im neuen politischen Kontext.“



Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2019 haben eine neue politische Realität in der Ukraine geschaffen. Nach der Erfolgswelle Wolodymyr Selenskyj und seiner Partei „Diener des Volkes“ sind die Erwartungen der Wählerinnen und Wähler äußerst hoch.

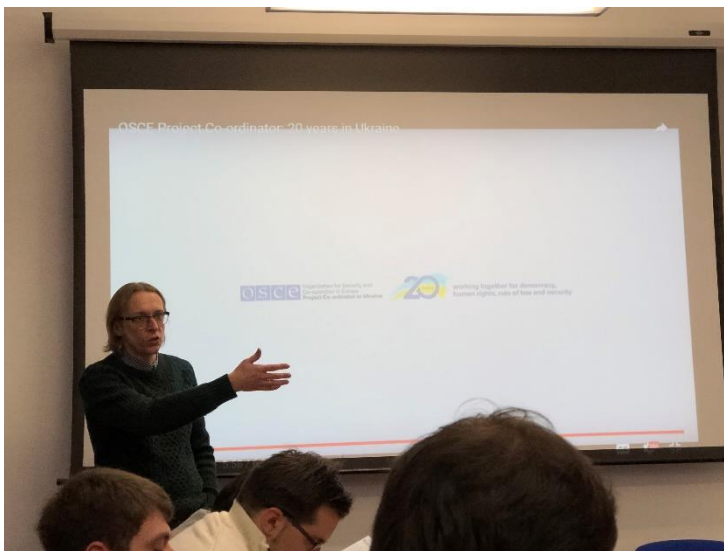
Wie spiegeln sich die politischen Veränderungen in den Regionen des Landes wieder? Welche Rolle können kleinere reformorientierte Parteien und zivilgesellschaftliche Akteure auf nationaler oder lokaler Ebene spielen? Wie bereiten sie sich auf die geplanten Kommunalwahlen 2020 vor? Diese Fragen wurden auf der Jahreskonferenz mit ukrainischen und internationalen Gästen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien diskutiert.

Die Veranstaltung hat unser Wissen nochmals erweitert und im Kontext zu den anderen Gesprächen und Besuchen vor Ort vertieft.

Herzlichen Dank für die Einladung!

Freitag, 22. November 2019

Gespräch bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Arbeit und den Konflikten in der Ukraine



Auch am Freitagmorgen ging es bereits sehr früh los, denn wir waren bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) für ein Gespräch zur Arbeit und den Konflikten in der Ukraine eingeladen.

Seit 1975 beschäftigt sich die OSZE mit Sicherheit in einer Vielzahl von Teilbereichen. Sie arbeiten mit Übereinkünften die nicht rechtlich binden sind. In der Ukraine helfen sie der Regierung, diese Standards einzuhalten. Seit fünf Jahren gibt es hierzu eine spezielle Sicherheitskommission im Land (bspw. für Wahlbeobachtung).

Die OSZE untersucht in der Ukraine u. a. die Umweltauswirkungen im Bereich des Donbass von explodierten Minen und die Auswirkungen auf das Trinkwasser.



Der Koordinator der OSZE in der Ukraine sieht die große Gefahr von Langzeitveränderungen des Donbass und der Schwarzmeer-Region (Krim).

Die OSZE-Beobachter haben den Wahlprozess in der Ukraine schon im Vorfeld der Wahlen beobachtet, kontrollieren die Online-Sicherheit und geben immer wieder aktualisiert Schulungen für Wahlhelferinnen und Wahlhelfer, sodass alle Wahlen korrekt ablaufen.

Auch im Donbass gibt es eine OSZE-Mission, die aber nicht von der OSZE-Ukraine kontrolliert wird. Auf der Krim gibt es derzeit keine OSZE-Mission. Die russische OSZE-Mission beobachtet die Grenzübergänge an den Übergangsstellen.



Der OSZE-Koordinator verweist auf die Homepage der Organisation. Dort werden täglich die Lageberichte mit der aktuellen Situation zur Verfügung gestellt.

Danke für das interessante Gespräch und die Einblicke in die Arbeit der OSZE!

Gespräch bei der EU-Delegation zur Arbeit in der Ukraine

Um 11.00 Uhr waren wir bei der EU-Delegation zum Gespräch und Austausch zu Gast. Wir wurden von einem Referenten empfangen, der sich vor Ort in der Delegation um Menschenrechte kümmert. Auf Basis des Assoziierungsabkommens versucht man, Menschenrechte und Demokratie vor Ort zu stärken.

Die EU-Delegation ist in der Ukraine in drei Bereiche aufgeteilt. Ein Bereich kümmert sich um Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, eine Abteilung ist für Korruptionsbekämpfung zuständig und eine weitere Abteilung kümmert sich um die politische Arbeit.

Die EU-Delegation im Land ist die zweitgrößte EU-Delegation nach der Türkei.



Sie stellt Gelder für die Arbeit der OSZE im Land zur Verfügung und unterstützt bspw. die Sicherheitszusammenarbeit auf polizeilicher Ebene durch Ausbildungshilfen für ukrainische Polizisten.

Auf die Frage ob ein EU-Beitritt der Ukraine als Eskalationsschub im Konflikt mit Russland stehen würde antwortete der Referent, dass es als Gefahr gesehen wird, aber im Moment das Assoziierungsabkommen und dessen Erfüllung auf der Agenda steht.



Wir unterhielten uns auch über die Lage im Donbass und den Republiken Luhansk und Donezk. Dort wurde vor zwei Wochen ein Blogger zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt und es steht dort tagtäglich Folter auf der Tagesordnung.

Die EU-Delegation beobachtet die ganze Situation von der ukrainischen Seite der Kontaktlinie, da die russische Seite für alle Beteiligten zu gefährlich ist.

Jedes Jahr findet ein EU-Ukraine-Gipfel statt, um den Fortschrittsprozess zu bewerten.

Es war sehr spannend, Einblicke in die Arbeit der EU-Delegation vor Ort zu erhalten!

Es war sehr spannend, Einblicke in die Arbeit der EU-Delegation vor Ort zu erhalten!

Teilnahme an der 15. Jahreskonferenz der Kiewer Dialoge

Am Nachmittag haben wir nochmals an der 15. Jahreskonferenz der Kiewer Dialoge teilgenommen. Im Panel III ging es um die Lokalwahlen 2020 und welche Chancen für eine neue politische Kultur bestehen.

Zu Gast war Roman Lozynskyi, Abgeordneter der Verkhovna Rada, Regina Boos, Stadträtin der FDP Oberhausen, Maksym Borodin, Stadtrat der Stadt Mariupol in der Region Donetsk und Vitaliy Zahaynyy, Vorstandsvorsitzender des Zentrums der gesellschaftlichen Initiativen Lviv.



Wir konnten daraus mitnehmen, dass sehr gute Chancen bestehen Kommunalpolitik vor Ort auch ohne Einfluss von Oligarchen und Wirtschaftsmächtigen zu betreiben. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger vor Ort wollen ihre Ideen einbringen und umsetzen. Dafür setzen sie sich ein.



Sehr spannender und interessanter Austausch der Podiumsteilnehmer untereinander!

Get-together mit NYCU



Am Abend haben wir uns mit NYCU getroffen und uns über deren Arbeit informiert. Sie sind ein Zusammenschluss vieler Jugendorganisationen in der Ukraine und etwa mit unserem Deutschen Bundesjugendring vergleichbar.

Auch sie bringen in Gesprächen mit Entscheidungsträger vor Ort Themen auf den Tisch, die die junge Generation bewegen.

Sie repräsentieren so die Vielfalt jugendlicher Belange und Forderungen gegenüber Parlament, Regierung und Öffentlichkeit.

Herzlichen Dank für das interessante Gespräch!

Kronprinzstr. 13 • 70173 Stuttgart

www.jef-bw.de • www.facebook.com/jef.bawue • info@jef-bw.de

Landesbank Baden-Württemberg

Junge Europäer - JEF Baden-Württemberg e.V. DE13 6005 0101 0002 5740 08

Förderverein der Jungen Europäer - JEF Baden-Württemberg e.V. DE69 6005 0101 0008 6706 14



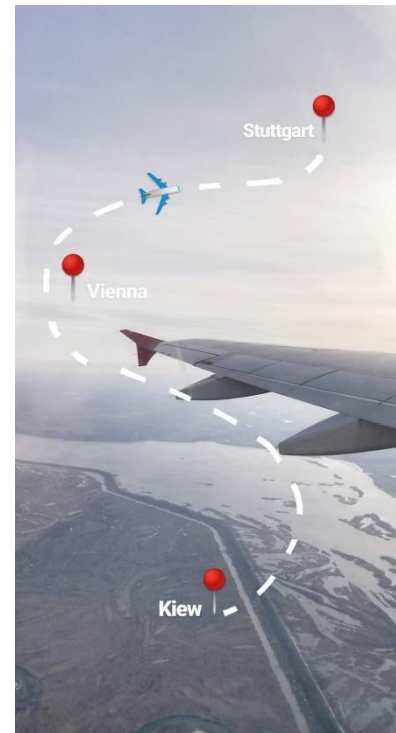
Samstag, 23. November 2019

Nach einer spannenden, hochinteressanten und ereignisreichen Woche ging es am Samstagmittag langsam aber sicher wieder zurück in die Heimat.

Wir hatten ein tolles Programm mit vielen, aber durchaus auch kritischen Gesprächen und Besuchen zur politischen Situation in der Ukraine.

Wir sind gespannt, wie sich das Land in den nächsten Jahren politisch und gesellschaftlich entwickeln wird. Wir werden die Ukraine weiter beobachten!

An dieser Stelle möchten wir uns herzlich bei unseren Ansprechpartnern und Organisationen vor Ort bedanken. Es ist nicht selbstverständlich, dass wir so herzlich aufgenommen wurden und sehr viele wertvolle Informationen über die jeweilige Arbeit erhalten haben. Wir werden diese mitnehmen und in



unserer Verbandsarbeit einbringen.

Auch möchten wir uns ganz herzlich bei unseren Unterstützern, Geldgebern, Förderern und Partnern bedanken. Ohne diese wäre eine Durchführung der Reise nicht möglich gewesen.

Allen Beteiligten nochmals herzlichen Dank!



Unsere Unterstützer, Förderer & Partner



JUNGE
EUROPÄISCHE
FÖDERALISTEN
DEUTSCHLAND



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Baden-Württemberg



Baden-Württemberg
MINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR EUROPA